

„Die EU sei ein „antidemokratisches Projekt ?“

Wir erleben derzeit im Zusammenhang mit den Protesten im Iran die Vorzeichen einer weiteren von „außen“ gesteuerten „Farbrevolution“?

Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, zeigt diese *S&G-Ausgabe 02/2018* einerseits das Muster, nach dem die letzten Farbrevolutionen abliefen. Andererseits liefern wir Ihnen entscheidende Fakten, die Ihnen von den westlichen Medien meist vorenthalten werden.

Ebenso setzen wir uns mit dem Vorwurf, **die EU sei ein „antidemokratisches Projekt“**, auseinander und zeigen, dass sich in Europa die wachsende Macht von Unternehmern/Wirtschaftsinstitutionen nicht nur negativ auf die Steuerlast der Bürger auswirkt, sondern auch die Demokratie maßgeblich schwächt.

Damit *alle* Menschen den vielschichtigen Schwindel endlich durchschauen, braucht es *Ihren* aktiven Einsatz, zum Beispiel, indem Sie Ihre Mitmenschen informieren!

Auch mit dieser S&G-Ausgabe bieten wir Ihnen die Möglichkeit, die Wahrheit laut werden zu lassen!

- **Bitte drucken Sie die Nachfolgeseiten aus und tragen Sie dadurch zu deren Verbreitung bei. DANKE!**

Ihr S&G-Team

>>>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 2/2018 ~



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Ab dem 28.12.2017 wurde in den Medien über massive Proteste und Gegenproteste im Iran berichtet. Die westlichen Leitmedien führten die Unruhen auf wirtschaftliche Probleme, soziale Ungerechtigkeit und die hohe Jugendarbeitslosigkeit zurück. Irans Präsident Rohani reagierte ausgesprochen zurückhaltend auf die Proteste und versuchte, auf die Forderungen der Protestierenden weitgehend einzugehen. Dennoch wird der Iran tendenziell als undemokratisch und als Bedrohung für die gesamte Region dargestellt. Doch wie sieht es hierzulande aus? Kann man im glorifizierten Westen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit sprechen? Sind etwa die Menschen Europas und der USA keinen schwierigen Arbeitsbedingungen, sozialen und finanziellen Belastungen ausgeliefert? Wer im Glashaus sitzt, sollte lieber nicht mit Steinen werfen...

Die Redaktion (kno./mol./jj.)

Unruhen im Iran: „Es geht ganz bestimmt nicht um die Eierpreise!“

mol. Für den Finanzexperten Dirk Müller* sind die von den Medien aufgeführten Gründe für die anhaltenden Proteste im Iran konstruiert. Denn die Arbeitslosigkeit in einzelnen europäischen Ländern sei viel höher als im Iran – ohne dass dies dort Unruhen auslöse. Das Bruttoinlandsprodukt des Iran sei im letzten Jahr sogar um 12% gestiegen – trotz der Sanktionen des Westens! Müller führt die Unruhen im Iran auf Einmischung durch

das Ausland zurück: „Das haben wir in den letzten Jahren so oft gesehen, wo Staaten, die uns nicht bequem waren, plötzlich Proteste erlebt haben. USA und Israel unterstützen natürlich die Proteste im Iran massiv (...) Es ist der gleiche Ablauf wie in Syrien und wie in anderen Ländern des Mittleren und Nahen Ostens in den letzten Jahren. Hier soll eine Regierung gestürzt werden, hier werden entsprechend Proteste angeschürt. Wir wissen inzwischen

längst, wie das in Syrien gelaufen ist, mit welcher Vorbereitung das passierte. (...) Hier wird es jetzt die große Auseinandersetzung geben mit den Saudis, Israel und USA im Verein auf der einen Seite und dem Iran nahestehenden Ländern auf der anderen Seite (...) Das geht hier um Strategie, es geht um große Themen und ganz bestimmt nicht um die Eierpreise im Iran!“ [1]

*auch bekannt als „Mr. Dax“

Proteste im Iran – Anzeichen einer Farbrevolution*?

dd./ag. Der Ablauf der Protestaktionen im Iran und deren Darstellung in den westlichen Medien wiesen deutliche Parallelen zu bereits stattgefundenen Farbrevolutionen in Syrien, Libyen, Armenien, Venezuela und der Ukraine auf:

1. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation wird genutzt und ausgeweitet zu einer Protestaktion mit der Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten. So richteten sich die Proteste im Iran immer stärker direkt gegen das politische System.
2. Alle Gesprächsangebote der Regierung werden von den De-

monstranten trotz Entgegenkommen seitens der Regierung zurückgewiesen.

3. Ein Teil der Protestierenden wird geschult, die Sicherheitskräfte zu provozieren oder Protestierende werden mit gewalttätigen Lohnterroristen unterwandert. Auch im Iran wurde der legitime Protest durch eine Gruppe von Randalierern mehr oder weniger vereinnahmt.
4. Die westlichen Leitmedien ergreifen permanent Stellung für die gewalttätigen Demonstranten und erwecken den Eindruck, dass die Toten und Verletzten auf

das Konto der Regierung gehen. Laut der iranischen Nachrichtengeneratur „Mehr News Agency“ seien die meisten der 21 Opfer von Demonstranten getötet worden, die bewaffnet waren oder diese durch Vandalismus getötet haben. Fazit: Eine Beobachtung der weiteren Entwicklungen im Iran und der medialen Berichterstattung anhand der erwähnten Merkmale einer von außen gesteuerten Farbrevolution ist dringend zu empfehlen. [2]

*Farbrevolution: vom Ausland her gesteuerte Protestaktionen zum Zwecke eines Regierungsumsturzes

Trump und der Iran – sieht sich da jemand im Spiegel?

mol. Auf seiner Nahostreise im Mai 2017 hatte US-Präsident Donald Trump den Iran verbal mehrmals scharf angegriffen. Der Iran sei für die Instabilität im Nahen Osten verantwortlich, würde Waffen finanzieren und Terroristen, Milizen und andere extremistische Gruppen trainieren. Diese Strategie wurde in der Vergangenheit häufig von den USA und der NATO angewandt: Man unterstellt seinen Kontrahenten genau die Vorgehensweise, die man selbst um-

setzt. Zum Beispiel wurde 2003 der Irak mit der Begründung angegriffen, Massenvernichtungswaffen zu besitzen, was sich als Falschmeldung herausstellte. Nicht der Irak, sondern die USA selbst sorgten mit dem Einsatz von Uranmunition für eine Vielzahl von Toten und verseuchten weite Teile des Landes. Auch bedrohen sie Russland durch eine enorme Verlagerung von Kriegsgeräten und Truppen an dessen Grenzen, führen ebenso Raketen-

tests durch wie Nordkorea und haben mit der Finanzierung des IS einen künstlichen Feind geschaffen. Die USA unterstellen dem Iran also genau die Verbrechen, für welche sie selbst verantwortlich sind. Dennoch hatte Trump in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung im September 2017 den Iran wieder als „Schurkenstaat“ bezeichnet, der Terror exportiere. Ist nun der Iran der „Schurkenstaat“ – oder sieht sich da jemand im Spiegel? [3]

„Im Jahr 1953 stürzten die USA und Großbritannien unter dem Code-Namen ‚Operation Ajax‘ die legitime Regierung Irans. Der Grund war Öl.“

Malcolm Byrne, stellvertr.
Direktor des National Security
Archive der George
Washington Universität

Quellen: [1] www.kla.tv/11718 | <https://srf.ch/news/international/proteste-im-iran-rohani-billigt-friedliche-demonstrationen> | <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/63028-proteste-im-iran-weiten-sich-aus-revolutionswaechter-getoetet/> [2] www.kla.tv/11727 | <https://deutsch.rt.com/programme/echokammer/63171-echokammer-3-iran-proteste-im/> [3] www.kla.tv/10567 | www.kla.tv/3844 | www.kla.tv/11168

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Ist die EU ein „antidemokratisches Projekt“?

ag./suh. Dient die EU tatsächlich den Interessen der Völker? Dazu zwei Fakten, die in den Medien kaum erwähnt werden:

1. Die Grundrechtecharta der EU verbietet die Todesstrafe oder Hinrichtung von Personen. Laut Erläuterungen zum Gesetzesartikel gilt jedoch: „Eine Tötung wird nicht als Verletzung des Artikels betrachtet“, wenn es erforderlich ist, „einen Aufruhr oder Aufstand rechtmässig niederzuschlagen“. Bei entsprechender Auslegung kann dieses Gesetz somit die Zerschlagung von unliebsamen Demonstrationen bis hin zur Tötung von Demonstranten legitimieren.

2. Der damalige EU-Ratspräsident Robert Fico forderte im

Januar 2017 in seiner Abschlussrede: „Ich bitte die Regierungen der EU-Länder, Abenteuer wie die britischen und italienischen Volksabstimmungen bezüglich innenpolitischer Themen, die eine Bedrohung für die EU darstellen, künftig zu unterlassen.“ Dies zielt auf eine völlige Abschaffung des Mitspracherechtes der EU-Bürger. EU-Skeptiker Robert Oulds** sieht die EU als antidemokratisches Projekt, bei dem es darum gehe, den nationalen demokratischen Einrichtungen die Macht zu entreißen und sie an die Eliten Brüssels zu übertragen. [4]

*EU-Vertrag von Lissabon, ab 1.11.2009

**Britischer Politiker und Militärhistoriker

Europas Politiker

fördern Ausbeutung und Verarmung des Volkes

hjm. Schon unter dem deutschen Altkanzler Schröder wurden die Rechte der Arbeitnehmer rapide eingeschränkt und die Erwerbssituation für viele deutlich verschlechtert. Auch Untersuchungen des internationalen Recherchenetzwerks von Journalisten „Investigate Europe“ belegen: Die Verarmung von Millionen Europäern wurde absichtlich herbeigeführt. So wurden in ganz Europa durch Deregulierungen* Vollzeit Arbeitsplätze konsequent durch Teilzeit- und schlecht bezahlte Minijobs ersetzt – mit mangelnder sozialer Absicherung und ohne Chance, ausreichend Rentensprüche aufzubauen. Mehr

als die Hälfte der bis 25-jährigen Arbeitnehmer in der Eurozone ist nur auf Zeit angestellt, in Spanien sind es sogar mehr als 70 Prozent. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron erlaubt Arbeitgebern künftig, Arbeitskräfte nur noch für einzelne Projekte anzuheuern, die jederzeit kündbar sind. Gleichzeitig sollen die landesweit gültigen Tarifverträge verschwinden, die bisher Schutz vor solchen Praktiken boten. Lediglich Arbeitgeber, Konzerne und Zeitarbeitsfirmen profitieren von dieser Politik. [5]

*Staatliche Regelungen werden zugunsten der Wirtschaft reduziert

BRD: Medien schweigen über ungerechte Steuerpolitik

ukn. Derzeit prangern die deutschen Leitmedien die neu eingeschlagene Steuerpolitik der USA vehement an. Man wirft US-Präsident Trump vor, die Reichen zu begünstigen. Dabei scheinen die etablierten deutschen Medien zu vergessen, dass eine ganz ähnliche Steuerpolitik bereits seit Jahrzehnten in der BRD praktiziert wird. Schon zu Kanzler Kohls Zeiten wurden Unternehmer und Vermögende steuerlich begünstigt: Die Vermögenssteu-

er, die der Staat auf hohe Vermögen erheben konnte, wurde 1996 und die Gewerbesteuer im Jahre 1998 abgeschafft. Unter Kanzlerin Merkel setzt sich die Entlastung der Vermögenden fort: Für Gewinne aus Geldanlagen* und Finanzspekulationen mussten bis 2008 noch bis zu 35% Steuern gezahlt werden, danach nur noch 25%. Von den knapp 211 Milliarden Euro an Erbschaften und Schenkungen in den Jahren 2014 und 2015 hat

sich der Staat gerade einmal 11,8 Mrd. geholt. Die Mehrwertsteuer stieg hingegen von 10% im Jahr 1968 bis auf derzeit 19%, was vor allem Geringverdiener belastet. Warum nehmen die deutschen Leitmedien eigentlich nur die ungerechte US-Steuerpolitik ins Visier und schweigen sich über die hiesige weitgehend aus? [6]

*wie Bundesschatzbrieife, Pfandbriefe, Sparkonten

Schlusspunkt •

si. **Unsere gesamte Politik wird von der Macht- und Gewinnmaximierung unserer Wirtschaftsrosse dominiert. Gibt es auf dieser Welt überhaupt noch eine einzige echte Demokratie? Oder gibt es nur Scheindemokratien? Überall auf der Welt muss endlich gemäß demokratischer Versprechungen Folgendes gelten: Es darf ausschließlich nur noch für das Volk und nicht gegen das Volk regiert werden! Sämtliche politischen Vertreter haben ausschließlich in die Tasche des Volkes zu arbeiten und nicht das Volk in die Taschen seiner Vertreter! Es wird Zeit, den Schwindel endlich zu durchschauen! Helfen Sie mit und verbreiten Sie diese Ausgabe!**

Aus der Kla.TV-Sendung „Volksbetrug“ (www.kla.tv/8822)

Wirtschaftsrosse unterhöheln deutsche Demokratie

kno. Deutsche Konzerne können ihr Vermögen an ihre Nachfolger übertragen, ohne dass diese dafür Erbschafts- oder Schenkungssteuer entrichten müssen. Dies, obwohl seit 2007 das Bundesverfassungsgericht mehrfach urteilte, dass die steuerliche Bevorteilung der Großunternehmen im Rahmen der Erbschaftssteuer nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Die Bevorteilung verstoße gegen den Artikel, dass alle Men-

schen gleich seien. Daraufhin schlossen sich Konzerne wie Henkel, Trumpf und Müller-Milch in einer Stiftung zusammen. Deren Vertreter richteten zusammen mit weiteren Firmen wie Bitburger und BMW einen gemeinsamen Appell an alle Bundestagsabgeordneten. Die Stiftungsvertreter trafen sich von Februar 2015 bis Juni 2016 zwölf Mal mit ranghohen Vertretern der Bundesregierung, wie etwa Kanzlerin Angela

Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Ergebnis: Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat darauf, dass Firmenerben weiterhin ganz oder teilweise von der Erbschaftssteuer befreit werden, wenn sie den Betrieb für eine bestimmte Zeit weiterführen. Es ist ein Skandal, dass Wirtschaftsrosse zu ihrem Profit Gesetze durchdrücken können, die dem Grundgesetz widersprechen! [7]

Quellen: [4] www.kla.tv/10481 | *Expresszeitung*, Ausgabe 6, April 2017 [5] <https://youtube.com/watch?v=5xjQr7-X73A> (min 11:58 bis 17:58) | https://boeckler.de/14_109897.htm | <http://tagesspiegel.de/weltspiegel/Sonntag/arbeitsmarkt-europas-neue-reservearmee/20301470.html> | https://www.boeckler.de/22264_22272.htm [6] <https://youtube.com/watch?v=5xjQr7-X73A> (min 17:48 bis 27:06) | https://focus.de/finanzen/experten/ungerechte-strafsteuer-warum-die-erbschaftsteuer-abgeschafft-gehört_id_5687715.html | <http://zeit.de/wirtschaft/2016-01/vermoegensteuer-ungleichheit-reichtum-studie> [7] https://lobbypedia.de/wiki/Stiftung_Familienunternehmen | <https://lobbycontrol.de/2016/09/erbschaftssteuer-wer-sind-die-lobbyisten-der-reichen/>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 12.1.18

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



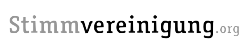
www.anti-zensur.info



www.klagenmauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv